



Foto: Salzgeber



STANDPUNKT

Die Latte hängt tief

Daniel Lücking über die Corona-Warn-App

Die Lobesworte am Präsentationstag waren reichlich und verdient. Erfolgreiche Softwareentwicklung schien in Deutschland über Jahre nur dann problematisch, wenn es sich um Projekte mit Regierungsbeteiligung handelte.

Nun wirkt es, als habe sich die Bundesregierung dieses Mal auf die Stimmen der Kritiker*innen eingelassen. Doch vom Irrweg, den sie – seinerzeit noch beratungsresistent – bis Ende April beschritt, brachten sie letztlich wohl Apple und Google ab.

Alles passé: Jetzt kann die App auf den aktuellen Geräten installiert werden und muss ihre Alltagsstauglichkeit beweisen. Die Messlatte für einen Erfolg hängt tief, denn bisher gibt es aus anderen Ländern keine Erfolgsmeldungen.

Dieses Schicksal dürfte der Corona-App nicht blühen, sofern die Regierung nun alle nötigen Schritte unternimmt, damit das Vertrauen in die Technik wachsen kann.

UNTEN LINKS

Bis es in Deutschland mit Apps so richtig appgeht, ist der Zug schon oft abgefahren. Das gilt nicht nur für die Verspätungsapp der Bahn, die einem hinterher verspätet mitteilt, dass sich der Zug, über den man sich ob der Verspätung geärgert hat, tatsächlich verspätet hat.

Aufstand gegen Seehofer

Vor der Innenministerkonferenz stellt sich die SPD gegen Pläne des CSU-Politikers



Verantwortliche für die EU-Asylpolitik: drei Deutsche, EU-Grenzbehördenchef Leggeri und Griechenlands Regierungschef Mitsotakis

Berlin. Auf der an diesem Mittwoch in Erfurt beginnenden Innenministerkonferenz (IMK) wird die Asyl- und Migrationspolitik der EU zwar nicht direkt eine Rolle spielen. Ebenso wenig die von vielen Städten und einigen Bundesländern geforderte schnelle Aufnahme Geflüchteter aus überfüllten Elendslagern auf griechischen Inseln.

Seehofer will eine Vorprüfung von Asylanträgen in den Lagern einführen. In »ausichtslosen« Fällen sollen Betroffene schnell abgeschoben werden können.

Die SPD fordert ein »faires Asylverfahren« für alle. Weiter kritisiert sie das Dublin-System, das zur überproportionalen Belastung von Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen führt, und das »Konzept der sicheren Drittstaaten«.

Die SPD fordert ein »faires Asylverfahren« für alle. Weiter kritisiert sie das Dublin-System, das zur überproportionalen Belastung von Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen führt, und das »Konzept der sicheren Drittstaaten«.

Die SPD fordert ein »faires Asylverfahren« für alle. Weiter kritisiert sie das Dublin-System, das zur überproportionalen Belastung von Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen führt, und das »Konzept der sicheren Drittstaaten«.

Gesetz zur Corona-Warn-App gefordert

In die Lobesworte zur Präsentation mischt sich Kritik. Nicht alle Baustellen sind abgearbeitet

Kanzleramt, Innen-, Justiz- und Gesundheitsministerium stellen am Dienstag die Corona-Warn-App vor.

Von Daniel Lücking

Nach Wochen der Entwicklung durch Telekom und den Softwarekonzern SAP ging die Bundesregierung mit der Präsentation der Corona-Warn-App am Dienstag nahtlos in die Werbephase über. Möglichst viele Menschen sollen die App nutzen, damit Kontakte zu Corona-Erkrankten schneller erkannt werden und Schutzmaßnahmen Die App sei ein »wichtiges Werkzeug« zur Eindämmung der Pandemie, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bei der Vorstellung der App.

Zu den Schwachstellen zählt er, dass Nutzer*innen ein positives Corona-Testergebnis bislang noch über ein TAN-Verfahren an die App melden müssen. Zu den weiteren Baustellen gehört die Anbindung der Labore und Gesundheitsämter, damit Testergebnisse digital übermittelt werden können.

Konkrete Zahlen, welche kritische Masse an Nutzer*innen mindestens erreicht werden soll, sind bei der Bundesregierung kein Thema mehr. »Wir sind mit den Infektionszahlen in einer guten Lage, wollen uns diese aber auch mit der App erhalten«, beschreibt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) deren Zweck. Nur in Verbindung mit den bekannten Abstandsregeln und dem Tragen einer Schutzmaske lasse sich ein positiver Effekt bei der Pan-

demiebekämpfung erzielen. Die App soll Infektionsketten früher unterbrechen, als das den Gesundheitsämtern bisher möglich war. Entwickler hoffen, dass mit der digitalen Unterstützung potenziell infizierte Personen zwischen zwei und vier Tagen

»Sensible Gesundheitsdaten bedürfen eines besonderen Schutzes« Achim Kessler, Linke

schneller informiert werden und ihr Verhalten anpassen können. Die Leistung der Entwickler und die letzten Endes doch noch datenschutzorientierte Lösung fand in den Fraktionen der Linken und Grünen Anerkennung. Mahnende Worte gibt es beim

Blick auf die Freiwilligkeit. Die Fraktionen fordern ein Gesetz, um zu verhindern, dass es zur Diskriminierung von Menschen kommt, die die App nicht nutzen wollen. »Sensible Gesundheitsdaten bedürfen eines besonderen Schutzes«, erklärt Achim Kessler, gesundheitspolitischer Sprecher der Linkenfraktion. Deutschlandweit müssen sich nun Arztpraxen und Labore auf den Umgang mit der neuen Technologie einstellen.

Lesen Sie heute im Ratgeber

Für Verbraucher: Was ist alles neu ab Juni?

Urteile: Mietrecht in Zeiten von Corona

Pandemie: Wie der Staat Familien hilft

Proteste in ganz Frankreich

Pflegekräfte und Ärzte fordern auf Demonstrationen bessere Bezahlung

Paris. In Frankreich gingen am Dienstag Ärzte und Pfleger in mehreren Städten auf die Straße. Sie protestierten unter anderem in Montpellier, Metz und Marseille vor Kliniken gegen die angespannte Situation im Gesundheitssystem, berichtete die Nachrichtenplattform Franceinfo am Dienstag.

Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte fordern eine bessere Bezahlung und eine weniger gewinnorientierte Ausrichtung der Krankenhäuser. Premier Édouard Philippe hatte dem Krankenhauspersonal bereits spürbare Gehaltserhöhungen versprochen. Die Corona-Pandemie forderte in Frankreich bisher mehr als 29 000 Tote. dpa/nd

Corona bringt neue Gewalt und Armut

Friedensforscher: Hauptlasten tragen die Länder des Südens

Berlin. Die Corona-Pandemie hat laut führenden Friedensforschern alarmierende Auswirkungen auf Krisenherde der Welt. Sie bringe die Waffen nicht zum Schweigen, sondern führe zu neuer Gewalt und Armut. Die Bundesregierung müsse sich intensiv für die friedliche Überwindung von Gewaltkonflikten einsetzen, sagte der Bonner Friedensforscher Conrad Schetter vom International Center for Conversion am Dienstag bei der Vorstellung des Friedensgutachtens 2020 in Berlin.

Die Bewältigung der Coronakrise sollte auch als Chance genutzt werden, Schritte zu einer nachhaltigen Klimapolitik zu unternehmen. Denn der Klimawandel könne in vielen Regionen zu Konflikten führen oder diese verschärfen. Zugleich führe die Corona-Pandemie zu neuen sozialen Verwerfungen wie einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. So befürchte das Welternährungsprogramm eine Verdopplung der Zahl der Hungernden auf der Welt. Die Hauptlast trügen die Länder des Südens, sagte Schetter. Das Friedensgutachten erscheint jährlich seit 1987. epd/nd Seite 5

Nordkorea zerstört Verbindungsbüro

Führung in Pjöngjang verärgert über Propagandaaktion mit Flugblättern

Seoul. Nordkorea hat die Zerstörung des innerkoreanischen Verbindungsbüros auf seinem Boden bestätigt. Die Sprengung des Gebäudes in der grenznahen Stadt Kaesong sei im Zuge der Unterbrechung aller Kommunikationsverbindungen zwischen Süd- und Nordkorea erfolgt, so die Staatsmedien am Dienstag. Südkoreas Agentur Yonhap zeigte Bilder einer Rauchsäule, die vom Gelände des einst gemeinsam betriebenen Industrieparks in Kaesong aufsteigt. Dort befand sich das Büro, das als wichtiger Kommunikationskanal zwischen beiden Staaten gedient hatte.

Die Sprengung zeuge von der Wut der Nordkoreaner, hieß es in den nordkoreanischen Berichten in Anspielung auf die Verärgerung der Führung in Pjöngjang über eine neue Propagandaflugblatt-Aktion südkoreanischer Aktivisten und nordkoreanischer Flüchtlinge von Ende Mai an der Grenze. Das Büro war Ergebnis des ersten Gipfels von Südkoreas Präsidenten Moon Jae In mit Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un im April 2018 gewesen. dpa/nd Kommentar Seite 4

